



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Barbara Becker, Alfons Brandl, Karl Freller, Dr. Marcel Huber, Thomas Huber, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Josef Zellmeier CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/10625, 18/13202

### **Arzneimittelsicherheit: Qualität von Arzneimitteln beim Versand aus dem EU-Ausland erhöhen – Überwachungslücke schließen**

Der Landtag begrüßt, dass mit dem Gesetz zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken (VOASG) auf Bundesebene das Ziel verfolgt wird, die flächendeckende Arzneimittelversorgung der Bevölkerung gezielt zu fördern und die Vor-Ort-Apotheke in ihrer wichtigen Funktion für die qualifizierte Arzneimittelversorgung der Patientinnen und Patienten zu stärken. Gleichwohl besteht die Gefahr, dass die Arzneimittelsicherheit im grenzüberschreitenden Versandhandel mit Arzneimitteln nur eine untergeordnete Rolle spielt. Ein generelles Versandhandelsverbot für verschreibungspflichtige Arzneimittel (Rx-Versandverbot) bleibt daher der bessere Weg (Drs. 18/754).

In jedem Fall muss gewährleistet sein, dass Qualität und Wirksamkeit eines Arzneimittels auch beim Versand erhalten bleiben. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Maßnahmen zur Qualitätssicherung im Versandhandel mit Arzneimitteln gesetzgeberisch festgeschrieben werden.

Im Rahmen der Beratung des Apothekenstärkungsgesetzes (VOASG) hat der Gesundheitsausschuss des Bundestags zudem am 7. Oktober 2020 über die Folgen der Insolvenz des Rechenzentrums für den Apothekenmarkt beraten. Die Staatsregierung wird daher auch gefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege zu berichten, inwieweit bayerische Apotheken davon betroffen sind und ggf. mögliche Unterstützungsmaßnahmen zu prüfen.

Die Präsidentin

I.V.

**Karl Freller**

I. Vizepräsident